

Dass diese Einstufung aus Effizienzgründen scheinbar keinen Sinn macht, scheint dabei zweitrangig zu sein. Hier begibt man sich auf schwieriges Terrain. Denn solch eine Politik suggeriert, dass es »gute« und »schlechte« Flüchtlinge gibt. Diese Rhetorik hat mittlerweile auch in die tägliche Berichterstattung Eingang gefunden. Allerdings wird dabei ignoriert, welche rechtsstaatlichen Gefahren sich dahinter verbergen. Jeder Mensch hat das Recht auf ein

fares Asylverfahren, in dem individuell geprüft wird, ob Anspruch auf Schutz besteht oder nicht. Dieses Recht steht nicht nur Menschen aus Syrien und dem Irak zu, sondern auch Menschen aus Albanien und Mazedonien. Der Zugang zum Recht (und somit zu einem fairen Asylverfahren) ist für alle Menschen gleich. Und das sollte auch kommuniziert werden – sowohl vonseiten der Medien als auch vonseiten des Gesetzgebers.



Claudia Engelmann

ist Politikwissenschaftlerin an der Universität Maastricht und forscht zum Konzept der sicheren Herkunftsstaaten im europäischen Vergleich.

c.engelmann@maastrichtuniversity.nl

Rupert Neudeck

Was tut die Europäische Union in der Flüchtlingskrise?

Dass ein Nicht-EU-Land wie Mazedonien einen Zug bereitstellt, mit dem Flüchtlinge von der mazedonisch-griechischen Grenze nach Serbien transportiert werden, das kann man vielleicht noch verstehen. Aber dass ein EU-Land wie Griechenland auf keine andere Idee kommt, als die Flüchtlinge weiter nach Norden zu verschieben, um sie damit aus dem Bereich der Grenzen der Europäischen Union fortzuschaffen, ist ein beschämendes Bild für dieses Europa. Um die Europäische Union muss man sich große Sorgen machen, denn sie droht, in ein Europa der drei Geschwindigkeiten zu zerfallen, weniger aufgrund der Euro-Schuldenkrise, vielmehr aufgrund der Flüchtlingskrise.

Da gibt es zum einen Länder, die mehr oder weniger etwas tun: die Gründungsstaaten, die skandinavischen Länder sowie Spanien und Portugal. Dann kommen die ost- und südosteuropäischen Länder, die wie kleine Kinder aufgeschreckt rufen: »Das haben wir uns so nicht vorgestellt mit

der EU, und wir haben die auch nicht gerufen. Und wenn dann doch welche zu uns eindringen sollten, dann bitte nur Christen, keine Muslime«. Und dann gibt es noch die dritte Geschwindigkeit der beiden Länder Griechenland und Ungarn, die einfach alle, die an ihren Grenzen ankommen, möglichst gleich durch eine Mauer oder einen Zaun abwehren oder sie in Busse packen und über der Nordgrenze in ein Nicht-EU-Land abschieben wollen.

Beobachten kann man diese Vorgehen auf der griechischen Insel Lesbos: Die Ankommenden werden nicht versorgt, sie müssen sich selbst helfen. So etwas wie das griechische Rote Kreuz oder einen Wohlfahrtsverband der reichen Orthodoxen Kirchen gibt es hier nicht, glücklicherweise aber eine Menge bemühten und unbedarften – aber ausländischer – Helfer. Wenn Griechenland zumindest erklären würde: »Wir haben nicht das Geld dafür, dennoch errichten wir ein Lager für 5.000 Geflüchtete, den Rest müssen die anderen Euro-

päer übernehmen«. Dann könnte Griechenland das auch über die EU organisieren. Aber das national stolze Griechenland ist sehr wenig imprägniert von dem Geist der EU-Gemeinschaft. Was sollte Europa überhaupt noch im Innersten zusammenhalten, wenn nicht gerade solche Werte, dass die Versorgung von Menschen in Not ein wesentliches Kennzeichen dieser Gemeinschaft wenn nicht schon längst ist, so doch sein sollte? Bail-out- und Schulden-Transfer-Verbote können das bestimmt nicht leisten.

Auch die Sprache stimmt nicht: Es gibt gar keine zwei Flüchtlingslager auf Lesbos. Das was in Kara Tepe für die Syrer und in Moria für alle anderen eingerichtet wurde, hält dem Wort »Lager« nicht stand. Es sind eingezäunte Agglomerationen, in die die Flüchtlinge praktisch hineingeworfen werden. Die Menschen hier können auf keine ausreichende Versorgung zählen, weder mit Nahrungsmitteln, noch mit Maten und Decken. Verkaufsbuden stehen in dem sogenannten Lager wie auf einem Jahrmarkt und bieten den Flüchtlingen Speisen, Hygieneartikel und anderes zum Kauf an. Man will an den Flüchtlingen auch noch verdienen.

Der Weg führt für die Flüchtlinge wie automatisch weiter in ein Nicht-EU-Land, dann in ein zweites Nicht-EU-Land. Schließlich wird die Balkanroute erst einmal unterbrochen, weil Ungarn die Flüchtlinge per Gesetz zu Verbrechern erklärt hat. Noch hat sich kein hochrangiger Jurist gefunden, der Anklage gegen Ungarn beim Internationalen Strafgerichtshof erhebt.

Eines kann man auch mit Blick auf Navid Kermanis Friedenspreisrede sagen: Die Migration von muslimischen Flüchtlingen wird diesen Menschen die Augen öffnen, die annahmen, dass sie bei den Gläubigen der islamischen Umma besser aufgehoben seien als in den Ländern der Ungläubigen. In den sozialen Netzwerken

der arabischen Jugend tobt es; es ist die Rede von einer »Schande für den Islam«. Dass die Muslime jetzt nach Österreich, Deutschland, Schweden gehen anstatt nach Saudi-Arabien – das wird dem Islam noch gehörig zu schaffen machen; jedenfalls denen, die noch den letzten Rest von Barmherzigkeit und Nächstenliebe aufrecht erhalten wollen.

Ich frage mich als Bürger, der Zeit seines Lebens ein begeisterter Europäer war, der als Europäer sieht und fühlt: Hat denn in dem gesamten riesigen *acquis communautaire* der EU nie die Frage eine Rolle gespielt, ob man im Notfall Flüchtlingen, die sich in letzter Not zum Beispiel aus Kriegsgebieten an der Grenze melden, menschlich begegnet, sie erst mal versorgt, ihnen eine Atempause verschafft, möglicherweise eine jahrelange Pause, in der sie sich in die EU-Gesellschaft einbringen können? Hat das denn nie bei der Aufnahme eine Rolle gespielt? Viktor Orbán und andere aus den osteuropäischen Ländern spielen die Ahnungslosen: Das hätten sie vor dem Eingehen des Bundes mit der EU nicht gewusst; und das wollten sie auch nicht. Sie haben die Flüchtlinge nicht gerufen. Sie wollen sie nicht und wenn, dann wollten sie auf der Durchreise allemal nur christliche und nicht etwa muslimische Flüchtlinge auf Zeit akzeptieren. So könnte Europa zusammenbrechen, wenn wir jetzt nicht energisch an die Arbeit gehen. Den Zusammenbruch könnte etwas aufhalten, was die Europäische Gemeinschaft immer schon gut konnte. Sie präferierte nicht perfekte Lösungen, sondern auch vorläufige, die noch eine Zukunft aufwiesen. Nicht alle 28 EU-Mitgliedstaaten sind Euro-Staaten. Auch nicht alle 28 sind Schengen-Staaten. Es sollte erst unterhalb des Daches der Europäischen Union eine Gruppenbildung stattfinden: Die zehn bis 13 Staaten, die sich m.E. bereitfinden würden, eine Europäische Flüchtlingsunion zu bilden, sollten das ganz schnell tun – in der Absicht, in den nächsten fünf bis zehn Jah-

Europäischer Spießbrutenlauf

ren auch andere von der zweiten und der dritten Geschwindigkeit dazuzubekommen.

Das wären die sechs Gründungsmitglieder der ursprünglichen EWG und Montanunion, dazu die skandinavischen Staaten, Großbritannien, Spanien, Portugal, Irland. Diese Staaten könnten die Grundlage bilden und damit verhindern, dass noch weitere Gipfeltreffen ergebnislos verstreichen. Diese 13 Länder müssten sich auf ein Quotensystem verpflichten und damit den Startschuss für eine wirklich gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik geben.

Auch die (materiellen) Aufnahmebedingungen müssten sich annähern, damit die Flüchtlinge genauso gut nach Spanien oder Italien gehen könnten wie nach Deutschland. Man erhält als Familie, wie es der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vucić in einem Interview in der FAZ (26. August 2015) sagt, in Deutschland bei der Stellung eines Asylantrags 580 Euro. Das ist deutlich mehr als der Durchschnittsverdienst in Serbien. Vucić hat der Bundesregierung empfohlen, den Höchstsatz von 580 auf 300 Euro zu beschränken. Die Folge wäre eine Reduzierung der Flüchtlingszahlen vom Balkan auf rund 20 %. Ansonsten würden sie versuchen wegen dieses Geldgeschenks nach Deutschland zu gehen, wo man dafür nicht arbeiten muss, wo man eine kostenlose Unterkunft und gute Verpflegung, sogar medizinische

Versorgung bekommt. Wegen der schnellen Verbreitung aller Nachrichten im Mahlstrom Hunderttausender Smartphones erfüllen das alle Flüchtlinge.

Die Politik in Deutschland, namentlich die Finanzminister können sich über ihre eigene Bevölkerung nur glücklich schätzen. Denn unsere wehleidige Flüchtlingsbürokratie wäre vor lauter Gejammer über fehlende Budgetmittel und Personal sowie mangelnde Infrastruktur schon längst gescheitert, wenn es nicht eine in großen Teilen hilfsbereite Bevölkerung gäbe, die gerne etwa ganz Konkretes tun möchte: Deutschunterricht geben, Kinder betreuen, Sprache vermitteln, Ersatzoma in Flüchtlingsfamilien spielen, Rechtsberatung geben, Gesundheitsversorgung vermitteln, dolmetschen, Patenschaften für einzelne Flüchtlinge übernehmen.

Diese hehren Vorhaben werden von der Bürokratie und der Politik allerdings nicht immer erleichtert – ich will gar nicht sagen: gewürdigt – wie sich das eigentlich gehören würde. Einer Ärztin etwa wird der Transport eines kranken Flüchtlingskindes mit dem eigenen PKW vom Asylbewerberheim zur Kinderklinik mit dem Hinweis auf rechtliche Bestimmungen untersagt, ebenso der Zutritt in eine Gemeinschaftsunterkunft in Begleitung eines Dolmetschers. Deutschland macht es den vielen Helfer/innen mit den verschiedensten Widrigkeiten und behördlichen Schikanen fast unmöglich zu helfen.



Rupert Neudeck

gründete das Komitee Cap Anamur/Deutsche Notärzte e.V. und ist seit 2003 Leiter von Grünhelme e.V. Er arbeitet u.a. in Ruanda und im Kongo. 2013 erschien bei C.H.Beck: *Es gibt ein Leben nach Assad: Syrisches Tagebuch*.
r.neudeck@t-online.de